

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telefax: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Klaus Wettig MdEP zur Personalpolitik der Bundesregierung in den EG-Institutionen: Schmidhuber und die Folgen.

Seite 1

Gert Weisskirchen MdB zur Entwicklung in der Golf-Region: Bonn darf nicht in den Konflikt einsteigen.

Seite 3

Dagmar Luuk MdB zur Verleihung des Friedens-Nobelpreises an Oskar Arias Sanchez: Gebührende moralische Unterstützung.

Seite 4

Dr. Rudolf Schöffberger MdB zur Perspektive nach dem bayerischen SPD-Partei-tag: Mit starker Motivation voran.

Seite 5

Frelmut Duve MdB zum 60. Geburtstag von Günter Grass: Ein zorniger Zeuge wider den Zeitgeist.

Seite 6

42. Jahrgang / 198

14. Oktober 1987

### Schmidhuber und die Folgen

Eine Nachlese zur Personalpolitik der Bundesregierung in den EG-Institutionen

Von Klaus Wettig MdEP

Nachdem Schmidhuber nicht mehr ante portas steht, sondern intra muros angelangt ist, ist die Debatte um die Bonner Personalentscheidung verstummt. Zweifel werden angemeldet an Schmidhubers Qualifikation, an seiner politischen Statur, denn er trifft in der EG-Kommission mit Kollegen zusammen, die fast ausnahmslos nationale Minister gewesen sind, aber diese Zweifel blieben ohne hinreichende Antwort. Im Provinzialismus der Bundesregierung mußten sie ohne Echo bleiben, weil in der Sache und über Personen ohne Perspektiven entschieden wird - und dies gilt nicht allein für die Europapolitik.

Im übrigen werden wir sehen, wie Schmidhuber sein Amt in Brüssel ausfüllt. Ob er mehr ist als ein bayrischer Statthalter in der EG-Kommission, ob neben fleißigem Aktenstudium auch politische Initiativen von ihm zu sehen sein werden, auch im deutschen Interesse, nicht nur im bayrischen, das werden wir sehr bald wissen und spätestens dann wird über den Fall Schmidhuber noch einmal zu reden sein.

Schon jetzt aber ist festzuhalten, daß mit der Ernennung Schmidhubers eine beachtliche politische Verschiebung bei den Spitzenpositionen der Europäischen Gemeinschaft stattgefunden hat.

Auf Vorschlag der Bundesregierung werden nach den Römischen Verträgen sechs Positionen besetzt: zwei Mitglieder der Kommission, ein Mitglied des Rechnungshofs, ein Generalanwalt beim Gerichtshof, zwei Mitglieder des Gerichtshofs. Nur beim Gerichtshof, wo ein Richter keiner Partei zugeordnet werden kann, ein anderer SPD-Mitglied ist, hat die CDU/CSU ihre Personalmacht nicht durchgesetzt, sonst besetzt sie mit

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
with watermarked high quality  
Recycling-Paper



Narjes und Schmidhuber (Kommission), Lenz (Generalanwalt) und Haase (Rechnungshof) alle anderen Positionen. In der Geschichte der Gemeinschaftsinstitutionen - beginnend mit der Montanunion 1952 - ist dieses ein einmaliger Vorgang, zuvor sind nur die politischen Positionen von der größten Regierungspartei besetzt worden. Konrad Adenauer hielt es 1952 für selbstverständlich, daß von den zwei deutschen Mitgliedern der Hohen Behörde der Montanunion eines von CDU/CSU (Etzel) und eines von der SPD (Potthoff) war. Bei dieser Praxis der Beteiligung aller wichtigen Fraktionen ist es beim weiteren Aufbau der Europäischen Gemeinschaft geblieben.

Neben den Christdemokraten, die als die große Regierungspartei natürlich in den Gemeinschaftsinstitutionen dominieren, blieben immer Sozialdemokraten und auch Liberale (Blücher, Maroullies) vertreten.

Die sozialliberale Koalition hat diese Praxis festgesetzt. Als 1970 von der Groeben aus der EG-Kommission, die inzwischen für die drei Gemeinschaften EWG, Montanunion und Euratom zuständig war, ausschied, folgte ein Liberaler nach, obwohl die Chance bestanden hätte, neben Haferkamp einen zweiten Sozialdemokraten durchzusetzen. 1980 fällt dann mit der Ernennung von Narjes der zweite Kommissar wieder an die Union. Auch bei der Gründung des Rechnungshofs 1977 wird mit Leicht (CDU) ein Christdemokrat vorgeschlagen; eine Beutepolitik, wie sie die Union jetzt exekutiert, hätte sicher einen anderen Vorschlag nahegelegt.

Als 1984 für die Amtszeit 1. Januar 1985 bis 31. Dezember 1988 die beiden deutschen Kommissare gesucht wurden, blieb es bei der Parität: der Christdemokrat Narjes wurde wieder ernannt und auf den Sozialdemokraten Haferkamp folgte der Sozialdemokrat Pfeiffer. Damit wurde nicht nur die bisherige deutsche Praxis bestätigt, daß möglichst nicht eine Partei allein die Kommissionsmitglieder stellt, sondern auch der allgemeinen Regel anderer Mitgliedstaaten gefolgt, die ebenfalls zwei Kommissare stellen. Seit es die Kommission der Europäischen Gemeinschaften gibt, haben die großen Mitgliedstaaten die beiden politischen Strömungen ihres Landes beteiligt. Das gilt für Italien zwischen Democrazia Christiana und Sozialisten, für Großbritannien zwischen Konservativen und Labour, für Frankreich zwischen Sozialisten und dem antisozialistischen Block.

Das derzeitige Abweichen Frankreichs von dieser Regel, das für den vorzeitig ausgeschiedenen Ortoli einen zweiten Sozialisten (Cheysson) in die Kommission entsandte, darf nicht als Aufgabe des Prinzips bewertet werden. Es darf als sicher gelten, daß ab 1. Januar 1989 Frankreich zur Parität zurückkehren wird. Wie selbstverständlich die Parität angesehen wird, zeigt das neue Mitglied Spanien, dessen sozialistische Alleinregierung neben einem Sozialisten ohne zu zögern ein Mitglied der größten konservativen Oppositionspartei unter der zersplitterten spanischen Opposition zum zweiten Kommissionsmitglied vorschlug.

Die jetzige EG-Kommission ist nur noch 15 Monate im Amt. Spätestens am Ende des Frühjahrs 1988 wird die Bundesregierung darüber entscheiden müssen, ob die Einseitigkeit fortgesetzt wird oder ob ein/e Sozialdemokrat/in in die EG-Kommission am 1. Januar 1989 einzieht.

(-/14.10.1987/rs/ks)

\* \* \*

## Explodiert der Golf?

Bonn darf nicht in den Konflikt einsteigen

Von Gert Weisskirchen MdB

Der Krieg um die Ölquellen nähert sich der internationalen Explosionsgefahr. War es das Ziel der USA mit ihrer Demonstration der militärischen Stärke den Konflikt zwischen dem Iran und Irak einzudämmen, so haben sie es mit ihrer Kanonenboot-Politik verfehlt. Schon erklärt der Iran die USA zum Verantwortlichen für einen „Totalen Krieg“ im Golf. Schon hat sich die Zahl der Kamikaze-Tanker verdoppelt. Schon haben die Sowjetunion und der Iran ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärkt.

Und die NATO spitzt die Konfrontation zu, wenn sie sich einpassen läßt in die Weltmacht-Strategie der USA. Eine schleichende Änderung der bisher festgelegten Rolle der Bundesmarine findet statt. Die Bundesregierung hat dem Druck Reagens nachgegeben. Im Juni hat es der Kanzler versprochen. Jetzt hält er seine Zusage ein: der Lenkwaffenzerstörer „Mölders“ die Fregatte „Niedersachsen“ und der bewaffnete Versorger „Freiburg“ sollen einen Teil der Lücke schließen, die die Einheiten der 6. US-Flotte hinterlassen, weil sie im Golf operieren. 80 Einheiten der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Hollands beschleunigen die Eskalation. Und drei der modernsten bundesdeutschen Hochseekriegsschiffe decken die militärische Flanke als „Wacht im Mittelmeer“.

Soll damit eine dauerhafte Präsenz der Bundesmarine im Mittelmeer am Bundestag vorbei entschieden werden? Der militärische Einstieg in den Golf-Krieg ist der „point of no return“: er kann zum Fanal für die rettungslose Ankettung der Bundesrepublik an einen Konflikt werden, der die Welt in den Abgrund reißen kann. Und er kann Signal für die maritime Aufrüstung sein, weil angeblich nur so die nördliche Meeres-Flanke der NATO gesichert werden könne.

Kohl steht in Treue fest zu Reagan und gerät mit der Entsendung der bundesdeutschen Kriegsschiffe in bedrohliche Nähe des Bruchs unserer Verfassung. Sie schreibt zweifelsfrei die rein defensive Verwendung unserer Bundeswehr vor. Die Bundeswehr ein Instrument der Flankensicherung für die offensive Kriegsführungsstrategie der Weltmacht USA? Wir nähern uns der Explosion des Golfs. Sie zu verhindern, ist politische Kreativität gefordert, nicht aber die Militarisation dieses Konflikts.

(-/14.10.1987/rs/ks)



**Die gebührende moralische Unterstützung**

**Zur Verleihung des Friedens-Nobelpreises an Oskar Arias Sanchez**

**Von Dagmar Luuk MdB**

**Mitglied des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

Die Entscheidung des Osloer Nobelpreiskomitees ist eine Auszeichnung und Stärkung all jener Kräfte, die hinsichtlich der mittelamerikanischen Region Frieden und Demokratisierung auf ihre Fahnen geschrieben haben. Der von Staatspräsident Arias ausgearbeitete Friedensplan, den die Präsidenten von Nicaragua, El Salvador, Guatemala und Honduras im vergangenen August mitunterzeichnet haben, ist damit vom norwegischen Komitee als das Instrument anerkannt und gewürdigt worden, das die langersehnte Rückkehr zu Frieden und Stabilität in einer allzulange von Bürgerkrieg gequälten Region gewährleisten kann. Mit Arias ist der Initiator eines Friedensplanes ausgezeichnet worden, eines Werkes, das erstmals eine realistische Grundlage für die Demokratisierung der Region und die Zusammenarbeit ihrer Völker darstellt. Er hat nun die gebührende moralische Unterstützung des Nobelpreiskomitees erfahren.

Es ist jetzt deshalb nicht damit getan, weltweit Glückwunschkarten auszutauschen, deren Absender von Heiner Geißler bis Ronald Reagan reichen. Die internationale Anerkennung, die das Werk von Oskar Arias gefunden hat, muß sich endlich auch in der praktischen Politik ausdrücken. Und Politik muß es nach den Vorstellungen des Friedensplanes auch sein, daß die ausländische Unterstützung für die Rebellenbewegung in dieser Region endlich eingestellt wird. Das Weiße Haus, das demnächst eine weitere Tranche der von ihm beabsichtigten Contra-Hilfe durch den Kongreß peitschen will, muß deshalb wissen, daß sein Verhalten, nämlich Würdigung der Arias-Auszeichnung bei gleichzeitiger Untermünung der politischen Grundlagen dieses Planes, die Glaubwürdigkeit der US-Mittelamerikapolitik nicht erhöht. Auch der Lobgesang des CDU-Generalsekretärs Geißler auf den Politiker Arias hinterläßt einen schalen Beigeschmack angesichts der ideologisch feinabgestuften Entwicklungszusammenarbeit beziehungsweise Nichtzusammenarbeit der christliberalen Bundesregierung mit den Ländern Mittelamerikas.

Der Friedensplan des Oskar Arias hat die höchste internationale Würdigung gefunden, die es in unserer Welt gibt. Dieser Friedensplan stellt hohe Ansprüche an die Kombattanten in Mittelamerika wie an das Ausland, dessen Einmischung in diesen Konflikt die Rückkehr zum Frieden nicht beschleunigt. Die Entscheidung von Oslo muß als Aufforderung an uns alle gelten, die Grundlagen des Friedensplanes in Wort und politischer Tat zu akzeptieren und damit tragfähig werden zu lassen.

(-/14.10.1987/rs/ks)

\* \* \*



Mit starker Motivation voran

Die bayerische SPD nach Ihrem Parteitag

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB  
Landesvorsitzender der bayerischen SPD

Unser Regensburger Landesparteitag war nicht nur ein erfrischendes Bad für das innerparteiliche Leben der bayerischen SPD. Von ihm ging auch eine starke Motivation für die Mitglieder aus.

Der 37. Landesparteitag wird als guter und erfolgreicher Parteitag in die Geschichte der bayerischen SPD eingehen. Er hat auf fünf wichtigen Feldern Perspektiven für eine menschenwürdige Zukunft der Industriegesellschaft eröffnet:

**Ohne Frauen geht nichts mehr:** Nach dem Willen der SPD sollen die Frauen in Politik, in Parlamenten, im Berufsleben, kurz in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichen Rang, gleiches Gewicht und gleichen Einfluß haben. Wir wollen mehr Frauen in den Gemeinde- und Stadträten, in den Parlamenten, vom Landtag über den Bundestag bis hin zum Europaparlament. Wir haben das innerparteiliche Patriarchat in Regensburg zu Grabe getragen. Und wir wollen unser Modell der Gleichstellung der Frauen auf die ganze Gesellschaft übertragen.

**Der Jugend eine Vision eröffnen:** Junge Menschen bleiben derzeit scharenweise den Urnen fern. Sie halten von herkömmlichen Honoratioren-Politik, vom phantasielosen Weiterwursteln nichts mehr. Wir Sozialdemokraten laden junge Menschen zu uns ein. Wir eröffnen ihnen eine Vision von einer menschenwürdigen Zukunft. Mit unserer Friedenspolitik, mit unserer Solidarität gegenüber der Dritten und Vierten Welt, mit unserer neuen Ökologie-Politik, mit unserer Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, mit unseren Projekten zur ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft, mit unseren Vorstellungen vom Ausbau der Demokratie.

**Nein zur Kernenergie - Ja zur humanen Technologie:** Der Landesparteitag hat erneut bekräftigt: Wir Sozialdemokraten wollen raus aus der lebensgefährlichen Kernenergie. Wir sagen Nein zur Wiederaufarbeitung und zum Plutoniumsstaat. Wir sagen Nein zum damit einherziehenden Polizeistaat. Wir erstreben eine menschenfreundliche und sozialverträgliche Energiewirtschaft. Wir setzen dabei auf Energiespartetechnologien und alternative Energiequellen bis hin zur zukunftssträchtigen Wasserstofftechnologie.

Wir wollen die fortgeschrittene Industriegesellschaft ökologisch und technologisch erneuern. Wir setzen dabei auf Wissen, Fleiß und Können der Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker. Wir wollen mit neuen ökologischen Industrieprodukten draußen in der Welt die erste Adresse werden. Dies schafft qualifizierte Arbeitsplätze in Hülle und Fülle und ist damit gleichzeitig Arbeitsmarktpolitik. Wir wollen Technik humanisieren. Wir wollen den humanen Fortschritt an die Stelle des Fortschritts durch profitbringende Kapitalverwertung setzen.

**Für eine neue Dimension in der Kulturpolitik:** Der Landesparteitag hat mit seinem „Aufruf zur Phantasie“ nicht nur selbst eine kulturelle Duftmarke gesetzt. Er hat auch die Perspektive von einer neuen kulturellen Dimension in der Industriegesellschaft eröffnet. Je mehr menschliche Arbeit durch Maschinen und Computer ersetzt wird, je mehr Freizeit wächst, desto mehr sollen Menschen befähigt sein, am kulturellen Leben nicht nur konsumativ sondern gestaltend teilzunehmen. Daher müssen Städte und Gemeinden der Stadt- und Dorfkultur, der Entfaltung der Kunst im Städtebau, in der Dorferneuerung, in der Gestaltung der Umwelt und des sozialen Zusammenlebens neue Räume eröffnen.

Staatsregierung und CSU haben zu unserem Landesparteitag ein paar dümmliche Bemerkungen absondert, die über den erbärmlichen Zustand der Absender mehr Aufschluß geben als über die sozialdemokratische Politik. Zur kritischen Auseinandersetzung mit Zukunftsperspektiven scheinen weder Staatsregierung noch CSU fähig zu sein. Wir laden aber beide zum Dialog ein. Sie kommen uns nicht mehr aus. Wir wollen sehen, wie lange sie noch kniefen. (-/14.10.1987/rs/ks)



Ein zorniger Zeuge wider den Zeitgeist

Günter Grass, der Sozialdemokrat, wird sechzig

Von Freimut Duve MdB

Mit knurrigem Witz und praktischer Phantasie ist er ein Teil dieser Republik geworden. Ein Stück Ihrer demokratischen Öffentlichkeit. Ein Belästiger der glattschläpfrigen Reibungslosigkeit, die sich unsere postmodernen Traumaustatter so sehr wünschen.

Natürlich hätten viele ihn gern ganz anders. Sie wollen ihn angenehmer und bequemer, den erfolgreichen Autor, in alle Sprachen übersetzt. Das nationale Symbol, das die amerikanischen High school-Kids nennen, wenn von deutscher Literatur die Rede ist. Aber - kann er seinen Mund nicht halten? Aufhören, jedem über denselben zu fahren? Kann der Mann nicht hübsch brav zu Hause sitzen bleiben, in stiller Größe und schlichter Altersweisheit?

Und muß das sein: immer die ganz schrecklichen Themen? Mußte auch er das Lied vom Weltenende anstimmen, sich immer zu Wort melden, von Rakete zu Rakete, von Wahl zu Wahl? Und dann diese Einmischungen in die Angelegenheiten des Innern; den amerikanischen Autoren vorwerfen, sie hätten den kritischen Blick auf die Zeitläufe verschleiert. Da haben Saul Bellow und John Updike schon die richtige Antwort gegeben. Nein, nein, es war ärgerlich. In den letzten Jahren konnte sich die gewendete Republik so gar nicht mit dem Lorbeer des Günter Grass schmücken.

Wie gut hätte sie sich gemacht, die Versöhnung von Geist und Kohl, Waldspaziergänge mit dem Weltautor. Aber der Mann ist geblieben, was er war. Hat die elektronisch gespeiste Eleganz der Yuppie-Kultur nicht mitgemacht, verschmäht die nouvelle cuisine und bleibt bei den Kuddeln.

Günter Grass ist ein Aufpasser, kein Anpasser. Ein pragmatischer Humanist, der weiß, was er will, und wie man die Gedanken aus dem Kopf in der Wirklichkeit auf richtige Füße stellt. Da gibt es einen Autorenpreis und eine Stiftung, finanziert mit seinem Geld, trägt aber nicht seinen Namen: Alfred Döblin Stiftung. Welcher Mäzen hätte je seiner Stiftung den Namen eines anderen gegeben? Wo andere Städte sich bald dagegen wehren müssen, in Ludwigsstadt umgetauft zu werden!

Da fährt er - begleitet von vielerlei hysterischem Geräusch - für einige Monate nach Indien. Und kommt zurück mit einer ganz konkreten Aktion, einer Hilfe für die Müllmenschen am Stadtrand von Kalkutta. Seine Frau und er stiften und sammeln Geld. Es soll einer Schule für diese Müllkinder zugute kommen. (Hat er Reklame mit dieser Initiative gemacht? Hat er sich fotografieren lassen draußen auf den Müllhalden vor der Elendsstadt Kalkutta? Hat er sich gebrüstet mit seiner praktischen Humanität?)

Er ist zurückgekommen mit Hunderten von Zeichnungen. Die Müllmenschen am Rande der Welt, am Ende des großen Stoffwechsels der Millionenstadt. Für mich sind diese Blätter das Eindrucksvollste, was je einer mitgebracht hat von einer Reise in die Hoffnungslosigkeit.

Günter Grass wird sechzig. Ein zorniger Zeuge wider den Zeitgeist hat Geburtstag.

(-/14.10.1987/rs/ks)

\* \* \*

